

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Nr. 10.

Dienstag, den 14. Januar

1908.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Kaufbedingungen: Die Zeile 11 Schrift der 6 mal gespalt. Anzeigenzeile 26 Pf., die Zeile größerer Schrift od. deren Raum auf 3 mal gesp. Textzeile im amt. Zeile 60 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingeliefert) 75 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Karl Heinrich Börner in Dresden den ihm von Sr. Majestät dem Kaiser, König von Preußen, verliehenen Stern zum Roten Adler-Orden 2. Klasse annehme und trage.

Von den Ministerien der Finanzen und des Innern ist den Gemeindevorständen zu Coschmannsdorf, Frankens-

hausen, Königswalde (Ergeb.) und Niederhäslich die Befugnis zur Anordnung der Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen und in den Arbeits- und Dienstlohn erteilt worden.

Dresden, am 8. Januar 1908.

Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Nach Anzeige des Landstammamts zu Roritzburg wird im Jahre 1908 die Besetzung der Beschlüssen in der nachstehend ersichtlichen Weise erfolgen.

Dresden, den 9. Januar 1908.

Ministerium des Innern.

Beschlüssen	Namen der Beschläger	Eingetroffen auf der Station	Abgang von
Bodelwitz	Idealist, Gambetta, Witboi, Germanicus	1. Februar	10. Juli
Borna	Rufikus, Arabi, Cavalier, Ehrenfels*	1. "	12. "
Copitz	Gaugraf, Curt, Granat*	15. "	19. "
Crumbach	Deichgraf, General, Laurus*	15. "	10. "
Dippoldiswalde	Argus, Coaslo, Diplomat, Garabinier*	1. "	19. "
Ebersdorf	Ehrenbürger, P. Rubico, Freiherr*	1. "	30. "
Frohburg	P. Olaf, Dolman, Relus*	15. "	10. "
Großenhain	Hubin, Wanderer, Tantalus, Fasan*	1. "	1. "
Großhennersdorf	Albert, Ehrenfest, Roland, Goldschum*	15. "	20. "
Großschönau	Count, Falkenstein, Herold*	1. "	20. "
Hartmannsdorf	Freiherr, Ehrenmann, Eulenspiegel*	1. "	30. "
Jahnsdorf	Bravo, Rabbot, Falkonier, Morgenstern*	1. "	30. "
Jerisa	Friedbert, Don Carlos, Columbus*	1. "	20. "
Jumitz	Burgund, Gauvoigt, Fürst, Schlied*	1. "	20. "
Kamenz	Albertus, Augustus, Geier*	15. "	1. "
Kesselsdorf	Wilfrid, Comet, Despot*	1. "	9. "
Könchenzwei	Blücher, Manfred, Falk, Derby*	1. "	30. "
Kohlitz	Cardinal, Robinson, Anwalt*	1. "	9. "
Neumarl	Burggraf, Girtig, Arbeit*	15. "	10. "
Oberlosa	Erbkönig, Ehrenstein, Schüler*	15. "	20. "
Ortitz	Barnum, Kampolla, Drall, Cavallo*	1. "	20. "
Sommerfeld	Barbarossa, Jaor, Ammon*	1. "	1. "
Strehla	Großherzog, Garibaldi, Rabob*	15. "	20. "
Wildenfels	Erbsprinz, Glüdauf, Oberk*	1. "	20. "
Wend.-Paulsdorf	Botha, Ardo, Raunkönig*	15. "	1. "
Wurzen	Elliot, Altrat, Rotabel*	1. "	1. "
Zella	Arleth, Consul, Tannhäuser*	1. "	1. "
Zettlitz	Fels, Erhard, Königstein*	15. "	10. "
Roritzburg	Ideal, Cronje, Vliß*		

Reserve:

Dleander, Freigeist, Firkern.

* Edlere Halbblutpferde, welche zur Zucht von Militär- bez. Artilleriezugpferden geeignet sind.

Den 20. Januar d. J. wird an der vollspurigen Nebenbahn Großpostwitz—Lünevalde zwischen dem Bahnhof Großpostwitz und dem Haltepunkt Halbenborn ein neuer Haltepunkt „Bederwitz“ für Personenverkehr eröffnet. I A 140

Ag. Gen.-Dir. der Sächs. Staatseisenbahnen. 275

Auf Grund von § 97 Absatz 1 Ziffer 4 der Reichs-Gewerbeordnung wird die

Bereinigte Schmiede- und Schlosser-Zinnung zu Röttha mit dem 31. Januar 1908 geschlossen. IV 65

Leipzig, den 8. Januar 1908. 282

Königliche Kreishauptmannschaft.

Ernennungen, Versetzungen etc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. Hochbauverwaltung. Angek.: Weidmann, Regierungsbau- fahrer bei dem Landbauamt Zwickau, als etatsmäßiger Regierungsbaumeister dazulassen.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Vikar für die Kirchschullehre in Wackeru gesucht. Meldungen beim K. Bezirkschulinspektor in Witzmar.

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königl. Hofe.

Dresden, 14. Januar. Se. Majestät der König jagte heute mit einigen Kavaliern auf Grillenburgs Revier. Heute abend gedenkt Allerhöchstdieselbe dem Garnisonvortrag im Neufährer Kasino beizuwohnen.

Dresden, 14. Januar. Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde hat sich heute vormittag 11 Uhr 30 Min. ab Dresden Hauptbahnhof in Begleitung der Hofdame Freiin v. Gaertner nach Besuche Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheit der Frau Erzherzogin Maria Josepha nach Wien begeben. Die Rückkehr nach Dresden erfolgt voraussichtlich am 24. d. M.

Zeitungsschau.

Aber die Krisis im Deutschen Flottenverein schreibt die „Magdeburgerische Zeitung“:

Die gestrige Tagung des Flottenvereins für Berlin und die Provinz Brandenburg warf ein helles Licht auf die Krisis im Flottenverein. Obwohl die Person des Generals Keim im Mittelpunkt des Streites steht, ist klar, daß es sich um keine Personenfrage, sondern um ein Prinzip handelt. Soll der Flottenverein die Regierung durch Aufklärung des Volkes über seine Flotteninteressen unterstützen, oder soll er als Agitationsverein die Regierung zu beeinflussen suchen? Das ist die Entscheidung, die in Cassel getroffen werden muß. Ob der Verein ein politischer oder nicht politischer ist, worauf gestern die Opposition unter Führung des Grafen Hornsbach die Sache aufspielte, ist bloß ein Streit um Worte. Ebenso treffen die emphatischen Bemerkungen der Selbständigkeit des Vereins — „Wir brauchen keine Belehrung von Bayern oder von Ostpreußen“ — völlig daneben. Niemand belehrt den Verein, nur haben einige fürstliche Protektoren die Beibehaltung ihres Protektorats an eine Bedingung geknüpft. Das ist ihr Recht. Prinz Heinrich, der Großherzog von Oldenburg, Prinz Rupprecht und andere Fürstlich seitlich können unmöglich Protektoren eines Vereins bleiben, dessen Leitung eine scharfe Frontstellung gegen die Reichsregierung nimmt, wie es General Keim tut. Ihnen, nicht dem Verein, soll etwas ottroupiert werden.

Kann konnte der Verein ja ohne Protektoren weiter bestehen, und die Keimpartei wird darauf hinarbeiten. In Wirklichkeit kann er es nicht, denn der Rücktritt der Protektoren entzieht ihm unbedingt auch den Boden nach unten. Nicht wegen des „Kaisertums“, sondern weil ein Verein, der gegen die Regierungen für die Flotte agitieren

will, im Falle kein Verständnis finden wird. Ein Agitationsverein mit diesem Ziele ist widersinnig. Man kann das Volk mobil machen, um die Regierung über agrarische und sonstige Interessen zu „belehren“, aber die das Volk sachverständig ist, aber man kann nicht die breite Masse der Unkundigen aufrufen, um die technisch und politisch allein hinlänglich sachverständige Regierung zu bestimmten Maßregeln der Landesverteidigung zu drängen: zur Bildung eines neuen Armeekorps, zur Einführung einer neuen Waffe, zum Bau eines Geschwaders. In diesen Widerstreit hat sich die Leitung des Flottenvereins verannt, und sie hat sich — was im Hinblick auf ihre so außerordentlich wichtigen Kräfte tief zu beklagen ist — damit selber selbst unmöglich gemacht.

Aber die Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen stellt die „Nordd. Allg. Zeitung“ folgende Betrachtungen an:

Auch nach den gestrigen Vorgängen in Berlin, die zu wiederholten Zusammenstößen mit der Polizei geführt haben, finden wir keine Veranlassung, unsere Auffassung hinsichtlich des künftigen Charakters der ganzen Bewegung zu ändern. Weder die Art der Kundgebung, die vielfach unter der Herrschaft der bei gewissen Elementen heftig vorhandenen Lust am Blößen und an Ausschreitungen gestanden hat, noch auch die durch außerordentliche Agitation der Sozialdemokraten aufgeworfenen Massen sind geeignet, unsere Anschauung im entgegengekehrten Sinne zu beeinflussen. Wenn man erwidert, daß bei den letzten Reichstagswahlen in Berlin und den angrenzenden Wahlkreisen etwa 430 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, und dazu noch die nicht wohlberechtigten jugendlichen Personen, auf welche die Sozialdemokratie neuerdings ihr Hauptaugenmerk richtet, hinzuzählt, so dürfte die Schätzung nicht zu hoch gegriffen sein, daß etwa eine halbe Million den Einwirkungen der Sozialdemokratie zugänglicher Personen für die Teilnahme an der Demonstration hätte in Betracht kommen können. Nach zuverlässigen Schätzungen beteiligte sich in Wirklichkeit etwa der zehnte Teil daran, und zwar vornehmlich derjenige Teil, dem es wahrlich weit weniger auf politische Ziele als auf Betätigung der Rabaukslust ankommt. Auf diese führen wir auch in erster Linie die bedauerlichen Ausschreitungen gegenüber der Polizei, die mit größter Anstrengung und Pflichttreue ihres schweren Amtes für die Aufrechterhaltung der Ordnung waltete, zurück. Die Verantwortung für diese Ausschreitungen tragen aber die sozialdemokratischen Führer, die wissen mußten, daß sie ein frevelhaftes Spiel trieben. Wir verdammen uns angesichts der Schicksalsfälle an der Friedrichsgracht des Mißdrucks nicht zu erwehren, daß es sogar nicht an Elementen gefehlt hat, die gefährliche Zusammenstöße mit der Polizei herbeiführen wollten. Vielleicht wird der „Vorwärts“ sich das Verdienst erwerben und die Urheber der Schicksale an der Friedrichsgracht ausfindig machen, von denen feststeht, daß sie nicht von Schaulustern abgedrängt wurden.

Was die allgemeine politische Wirkung der sozialdemokratischen Inaugurationen anlangt, so schließen wir uns vollkommen der Meinung der liberalen „Magdeburgerischen Zeitung“ an, die schreibt: „Wenn wir gestern schon darauf hinwiesen, daß die sozialdemokratischen Einmischungsvorwürfe gegenüber der Verhandlung des Abgeordnetenhauses nicht geeignet sind, eine befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage zu fördern, und wohl auch nicht diesen Zweck verfolgen, so ist klar, daß das noch in höherem Maße von einem Straßenterrorismus gelten würde, durch den die endlich in Aussicht kommende Reform zum Stoden gebracht und in das Gegenteil verkehrt werden müßte. In der heutigen Verhandlung kam das deutlich zum Ausdruck. Trotzdem wurde ihr Verlauf durch das Geschehene nicht beirrt.“

Deutsches Reich.

Vom Reichstage.

(S. I. 28.)

Sitzung vom 13. Januar 1908.

(Fortsetzung der Verhandlung über den Gesetzentwurf betreffend die Änderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs.)

Abg. Dr. Barenhorst (Rpt.) glaubt im Interesse des Mittelstands zu handeln, wenn er sich dieser Vorlage entgegenstellt.

Abg. Schack (Wirtsch. Bgg.) meint, bei der Vorlage sei von der Frage auszugehen, was heute rechtens sei. Rechtens sei, daß an die Handlungsbeteiligten im Ertragsverhältnisse Gehalt und Krankengeld gezahlt werde. Daß die Handelskammern nicht gegen diese Vorlagen sich ausgesprochen hätten, sei erklärlich, da sie nur die Stimmung der Prinzipale darstellten. Man habe darauf hingewiesen, daß gerade die großen Firmen und Warenhäuser etc. dem Entwurfe zustimmten. Von kleineren Firmen seien lediglich die sogenannten Knochenmühlen, die möglichst viel aus der Arbeitskraft der Angestellten herauspressen wollten. Unrichtig sei es auch, daß das Simultanentwurf durch die Ermäßigung des Krankengelds gefördert werde.

Staatssekretär Dr. Riebecking meint, die Gutachten der Handelskammern seien doch wesentlich anders einzuschätzen, als der Vorredner annehme. In der Kommission werde er dem Nachweis dafür erbringen.

Abg. Dr. Ruggan (Fr. Sp.) erklärt namens der Reichsrecht seiner Partei die ablehnende Haltung gegen den Regierungsentwurf. Seine Partei wünsche, daß beide Bestimmungen zwingender Natur würden. Der zweite Absatz der Regierungsvorlage stehe mit dem § 63 des Krankenversicherungs-Gesetzes im Widerspruch. Der vorliegende Entwurf bringe keine sozialpolitische Vereinfachung, sondern eine Komplikation.

Nachdem noch Dr. Neumann-Doser (Fr. Bgg.) gegen den zweiten Teil der Vorlage sich ausgesprochen hatte, wird diese einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung der Novelle zum Viehschaden-

gesetz. Abg. Frdr. v. Pfetten (B.) bedauert, daß die Entstehungsursache der Maul- und Klauenseuche noch nicht genügend erforscht sei. Der Umstand, daß der Gesetzentwurf die Zahl der als Seuchen bezeichneten Krankheiten vermehre, sei im großen und ganzen zu